

## **17. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit am 06.12.2011 TOP 5.2**

### **Sachstandsbericht „Psychopharmakavergabe an demenzkranke Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen“**

In der Gesundheitskonferenz vom 30.11.11 trug Herr Prof. Wilm, Leiter des Institutes für Allgemeinmedizin und Familienmedizin der Universität Witten/Herdecke aus seiner Studie „Interdisziplinäre Implementierung von Qualitätsinstrumenten zur Verbesserung von Menschen mit Demenz in Altenheimen“ vor.

Neben den festen Mitgliedern der Gesundheitskonferenz waren auch Vertreter der Gerontopsychiatrischen Abteilungen (psychiatrische Kliniken), der in Dortmund ansässigen Heime sowie ein Vertreter der „Dortmunder Selbsthilfe“ anwesend.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass Psychopharmaka bei demenzkranken Menschen ein sinnvolles Mittel der Therapie darstellen können. Ziel des Projektes war es, den Einsatz von Psychopharmaka zu minimieren.

Die Grundaussage von Herrn Prof. Wilm ist, dass sofern von Seiten der Pflegeheime sogenanntes herausforderndes Verhalten genauer analysiert wird und man versucht, die Ursachen dieses herausfordernden Verhaltens möglichst abzumildern, eine Minimierung des Einsatzes von Psychopharmaka möglich ist.

Dieses muss in einem organisierten Dialog zwischen Pflegeheimen sowie der hauptsächlich in Heimen tätigen Ärzte erfolgen.

Durch Initiative des Forschungsprojektes hat sich in Witten inzwischen eine solche Kommunikationsrunde etabliert. Die Federführung obliegt, wie auch in den anderen Standorten des Demenznetzwerkes des Ennepe Ruhr Kreises, der Pflegekoordinatorin des Kreises.

#### **Ergebnisse:**

Vertreter von Heimen berichteten, dass auch in ihren Heimen dieser Problematik Aufmerksamkeit gewidmet wird. Übereinstimmend berichteten die Heime, dass gerade für demenzkranke Bewohner ein unbefriedigender Pflegeschlüssel zur Verfügung steht. Und es gab eine gewisse Sorge, durch zusätzliche Projekte zusätzlich belastet zu werden.

Als Ergebnis der Konferenz wurde verabredet, dass die Verwaltung (Sozialamt und Gesundheitsamt) sich abstimmt, um unter Beachtung aller vorhandenen Ressourcen sowohl in der Verwaltung sowie auch in Heimen und bei der Ärzteschaft das Thema weiter zu verfolgen.